

Planspiel Energiewende aus der Gesellschaft

Durch direkte Demokratie die Klimapolitik in die Hand nehmen.

Basierend auf Umweltinstitut München e.V., Bürgerbegehren Klimaschutz e.V.; Mehr Demokratie e.V.

https://umweltinstitut.org/wp-content/uploads/2022/11/20210601_UIM_Handbuch_Klimawende-von-unten.pdf



M Energie

Planspiel Energiewende aus der Gesellschaft

Durch direkte Demokratie die Klimapolitik in die Hand nehmen.

Basierend auf Umweltinstitut München e.V., Bürgerbegehren Klimaschutz e.V.; Mehr Demokratie e.V.

https://umweltinstitut.org/wp-content/uploads/2022/11/20210601_UIM_Handbuch_Klimawende-von-unten.pdf

Im Rahmen des vom BMWK geförderten Forschungsprojekts MEnergie-Meine Energiewende wurden innovative Kommunikationsformate entwickelt, um Themen der Energiewende in die Gesellschaft zu tragen und damit Handlungskompetenz und Akzeptanz zu fördern. Eines dieser Formate ist ein Planspiel für Schülerinnen und Schüler (SuS) zu dem Thema Bürger:innen-Initiativen die sich für die Energiewende und den Klimaschutz einsetzen.

Ziel des Planspiels ist es, 6 erfolgreich umgesetzte Bürgerbegehren zu den Themen Klima- und Energiewende kennenzulernen. Diese wurden von dem Umweltinstitut München e.V. zusammengetragen und in dem frei verfügbaren „Handbuch Klimawende von unten“ veröffentlicht.¹ Diese Texte werden den Schülerinnen und Schülern aufgehändigt, anhand derer sie vertiefen sollen, was die Bürger:innen-Initiative erreicht hat, welchen Weg sie eingeschlagen hat und warum das Bürgerbegehren erfolgreich war.

Ziel des Spiels ist es, Impulse zu setzen: Wie können Schülerinnen und Schüler in der eigenen Schule, im Sportverein, in der Kommune oder im Land aktiv werden? Was kann von den vorgestellten Initiativen auf das eigene Umfeld übertragen werden?

¹ https://umweltinstitut.org/wp-content/uploads/2022/11/20210601_UIM_Handbuch_Klimawende-von-unten.pdf

Spielkomponenten

- Spielanleitung
- Moderationskarten
- Detailkarten zu den Bürgerbegehren
- Arbeitsblatt für Kleingruppen

Zusätzlich werden benötigt:

- Eddings
- Flipchart
- Post-Its
- Klebepunkte für Voting

Spielvorbereitungen

1. Maximal 6 Kleingruppen bilden (2-5 SuS)
2. Kurzbeschreibungen auslegen. Je nach Gruppenanzahl Themen vorab reduzieren oder alternativ die Kleingruppen aus 6 Bürgerbegehren auswählen lassen.
3. Jede Gruppe erhält ein Arbeitsblatt Stifte, Flipchart und Post-Its

Spielablauf

- Durch die Moderation wird das Thema des Spiels eingeleitet; (5')
- Die SuS lesen die Detailkarten zu den Bürgerbegehren; (10')
- Entlang der Leitfragen werden die Initiativen diskutiert; (15')
- Jede Gruppe bereitet ein Präsentationsposter auf Flipchart-Papier vor; (10')
- Die Vorträge werden gehalten als würden sie auf der Jahrestagung des Umweltinstitut München e.V. stattfinden; (5' pro Gruppe)
- Die anderen Gruppen stellen Rückfragen zu den präsentierten Initiativen, um einschätzen zu können, welche Initiative sie am besten fanden;
- Zum Abschluss diskutieren die Gruppen intern, welche beiden Bürgerbegehren (außer das Eigene) wahrscheinlich gut funktionieren und zur Nachahmung einladen. Sie dürfen 2 Klebepunkte für die besten Initiativen abgeben, diese können direkt auf die Flipchart-Präsentationen gesammelt werden; (10')
- Die Gruppe mit den meisten Stimmen erhält symbolisch ein Preisgeld für weitere Aktivitäten;
- Abschließend wird die Frage an alle Gruppen gestellt welche Möglichkeiten sie sehen, im eigenen Umfeld aktiv zu werden. Rückfragen und Diskussion sind dafür vorgesehen. (10')

Moderation

Wir haben 90 Minuten Zeit uns 6 erfolgreiche Bürger:innen-Initiativen anzuschauen. Alle Beispiele zeigen, wie Bürgerinnen und Bürger durch direkte Demokratie die Klimapolitik in ihrer Kommune oder ihrem Land selbst in die Hand genommen haben. Jede Gruppe bekommt ein anderes Bürgerbegehren zugeteilt, welches sie dann anhand der Arbeitsblätter bearbeitet.

Stellt euch vor, ihr seid auf der Jahrestagung des Umweltinstituts München e.V. eingeladen und sollt dort das Bürger:innen-Begehren in maximal 5 Minuten anhand eines in der Gruppe erstellten Posters vortragen.

Die 6 Fallstudien, die ihr bearbeiten werdet, sind die folgenden:

Bürger:innen Initiative 1: „Magische Klemmbretter“

Im Jahr 2030 schimmern die Dächer von Köln blau von Solarmodulen. Der örtliche Braunkohle-Kessel ist kalt. Aus dem kommunalen Energieversorger ist ein reiner Ökostromversorger geworden. Von dieser Vision trennen die Kölner:innen nur einige Ordner voll Unterschriften.

Bürger:innen Initiative 2: „Heiß umkämpft“

Die Volksinitiative „Tschüss Kohle“ hat für den Stadtstaat Hamburg den Kohleausstieg bis 2030 durchgesetzt. Vattenfall klammerte sich an seine Pfründe – und musste trotzdem 2021 sein neugebautes Mega-Kohlekraftwerk Moorburg abschalten.

Bürger:innen Initiative 3: „Die Fahrradrebelle von Bamberg“

Der „Volksentscheid Fahrrad“ in Berlin hat vorgemacht, wie Bürger:innen ihre Stadt sicherer für Fahrradfahrer:innen und gleichzeitig lebenswerter und klimafreundlicher machen können. Fahrradfahrer:innen aus Bamberg haben das Konzept auf ihre Stadt übertragen. Mit Erfolg.

Bürger:innen Initiative 4: „Bürger:innen for Future“

„Like the sea we are rising“, stand auf ihren Plakaten. Die Darmstädter Ortsgruppe von Fridays for Future nutzte den politischen Auftrieb, den sie erzeugt hatte, um ihre Stadt per Bürgerbegehren zur Klimaneutralität zu verpflichten.

Bürger:innen Initiative 5: „Dit is Watt für Berlin!“

Die Berliner Stadtwerke bieten heute hundert Prozent Ökostrom an und das Land Berlin hat als erstes Bundesland den Kohleausstieg bis 2030 gesetzlich festgeschrieben – weil ein Volksbegehren den nötigen Druck auf die Politik aufgebaut hat. Auch ein parlamentarisches Foul von CDU und SPD konnte das nicht verhindern.

Bürger:innen Initiative 6: „Kacke statt Kohle“

Geht nicht, sagte der städtische Energieversorger. Dann startete „Kassel kohlefrei“ ein Bürgerbegehren – und siehe da: Plötzlich war der kommunale Kohleausstieg eben doch bis 2025 möglich.

Die SuS sollen in Kleingruppen arbeiten, in denen sie die Initiativen durchlesen, besprechen und anhand der Leitfragen diskutieren und auf dem Flipchart-Papier ein Präsentationsposter zu den Fragen der Arbeitsblätter fertigstellen.

Lest die Fallstudie durch. Stellt euch vor ihr seid eingeladen, euer Bürgerbegehren auf der Jahrestagung des Umweltinstituts München zu präsentieren. Ihr könnt ein Preisgeld gewinnen.

Diskutiert mit den anderen Teilnehmenden in eurer Gruppe über die Aktionen anhand der Leitfragen.

Diese Arbeitsphase nimmt insgesamt 35 Minuten ein. Danach hat jede Gruppe jeweils 5 Minuten Zeit, die Präsentation abzuhalten.

Nach dieser Phase wird gefragt, wie die SuS ihr eigenes Potenzial einschätzen:

„Was würdet ihr in der Schule, im Sportverein, hier bei uns im Ort, in der Stadt, im Landkreis, auf Landes- oder sogar auf Bundesebene mit einem Bürgerbegehren verändern wollen?“

Nach der Diskussion können alle SuS ihre Stimme zu den 2 besten Initiativen abgeben und ihre Klebepunkte anbringen. Die beste Gruppe erhält ein symbolisches Preisgeld, um weitere Aktivitäten zu fördern.

Nun wird abgestimmt: Welche zwei Initiativen (mit Ausnahme eurer eigenen) findet ihr am besten? Welche lädt zur Nachahmung ein, weil sie gut funktioniert hat? Ihr könnt mit Klebepunkten zwei Favoriten auswählen und auf die jeweiligen Poster ankleben.

Nach der Diskussion können alle SuS ihre Stimme zu den 2 besten Initiativen abgeben und ihre Klebepunkte anbringen. Die beste Gruppe erhält ein symbolisches Preisgeld um weitere Aktivitäten zu fördern.

Für die Diskussion, die Abstimmung der Bürgerbegehren und der finalen Frage zum eigenen Umfeld sind 20 Minuten eingeplant.

„Bürger:innen Initiativen für die Energiewende und den Klimaschutz“

„Magische Klemmbretter“

 Ort: Köln

 Thema: **Energieversorger RheinEnergie**

 Ziel: **Umstellung der Rheinenergie zu einem echten Ökostromversorger**

Im Jahr 2030 schimmern die Dächer von Köln blau von Solarmodulen. Der örtliche Braunkohle-Kessel ist kalt. Aus dem kommunalen Energieversorger ist ein reiner Ökostromversorger geworden. Von dieser Vision trennen die Kölner:innen nur einige Ordner voll Unterschriften.

Erst entstanden Risse an den ausgetrockneten Ufern, weil der Rhein so wenig Wasser führte. Dann kamen Sandbänke zum Vorschein – wie in der Südsee. Im Umland brannten die Felder. Vieh wurde notgeschlachtet. Der Hitzesommer 2018, der tausende Menschen das Leben kostete, traf auch Köln hart. In der flirrenden Luft, die sich zwischen dem Beton staute, **reifte in immer mehr Köpfen die Erkenntnis: Etwas muss sich ändern. Schnell.** Es sollte aber nicht schnell gehen – zumindest nach den Empfehlungen der Kohlekommission. Sie präsentierte im darauffolgenden Januar ihre Ergebnisse und schlug vor, erst 2038 die letzten Kohlekraftwerke stillzulegen. Kurz darauf erschien die erste Auflage dieses Handbuchs. Einige Exemplare fanden ihren Weg zu einer kleinen Gruppe Kölner:innen, die zu diskutieren begann. 2038 ist mindestens acht Jahre zu spät, sagten sie. Hier vor Ort können wir mehr schaffen. **In unserer Stadt, in der keine Kohlekommission die Zielvorgaben festlegt – sondern möglicherweise wir selbst, per Bürgerentscheid.**

Nach einem Kick-off-Workshop mit Klimawende-Expert:innen des Umweltinstituts München und von BürgerBegehren Klimaschutz begann die Bürgerinitiative mit der Arbeit an den Forderungen. Viele der nun rund 20 Menschen waren vorher noch nie politisch aktiv gewesen. Sie wollten nicht nur das städtische Braunkohlekraftwerk früher abschalten. Ihre Recherchen hatten ergeben, dass der mehrheitlich kommunale Energieversorger RheinEnergie, der das Kohlekraftwerk und mehrere Gaskraftwerke betreibt, der bedeutendste CO2-Emittent der Stadt ist. Aus einem der größten und dreckigsten Stadtwerke Deutschlands soll bald ein echter Ökostromversorger werden.

Gemeinsam mit dem Team der „Klimawende von unten“ wandten sie sich an eine auf Energierecht spezialisierte Kanzlei. Einige Telefonkonferenzen später gossen sie dieses Ziel in eine **Abstimmungsfrage für ein Bürgerbegehren**, die juristisch wasserdicht ist und der RheinEnergie keine Schlupflöcher lässt.

Die Formulierung stellt sicher, dass die RheinEnergie nicht nur auf dem Papier ein Öko-Stadtwerk wird, indem sie Graustrom von der Strombörse mit Zertifikaten bestehender Ökostrom-Anlagen umetikettiert. Nein, sie soll aktiv die Energiewende vorantreiben – eigene Erneuerbare-Energien-Anlagen errichten oder den Ökostrom direkt von den Erzeuger:innen beziehen. Mieter:innen sollen günstige Solarenergie von ihren eigenen Dächern erhalten, Windparks, deren staatliche Förderung ausläuft, durch direkte Lieferverträge vor dem Aus gerettet werden. **Die Vision wurde immer konkreter.**

Im Februar 2020 übergaben die Aktiven das Bürgerbegehren der Stadt, die nach den Regelungen für direkte Demokratie in Nordrhein-Westfalen daraufhin eine Kostenschätzung vornehmen muss. Diesen Auftrag reichte die Stadtverwaltung an die RheinEnergie weiter. Wenig überraschend sah der fossile Energieversorger „drastische Erlösrückgänge“ kommen und rechnete mit jährlichen Kosten zwischen 236 und 569 Millionen Euro – für das Unternehmen. Die immensen Umweltfolgekosten des CO₂-Ausstoßes für die Stadt ließ er unberücksichtigt. Außerdem ging die RheinEnergie von einem Szenario für das Jahr 2030 aus, in dem die Preise für erneuerbare Energien nicht sinken, die für CO₂-Zertifikate nur leicht ansteigen und sein Kohlekraftwerk in Rostock immer noch Gewinne abwerfen würde. So als würde die Welt von gestern ewig weitergehen.

Die Bürgerinitiative präsentierte eine eigene Rechnung. Darin traf sie auf Grundlage eines Gutachtens des Wuppertal Instituts realistischere Annahmen für die Veränderungen des Strommarkts. Unterm Strich stellte sich heraus: Die Stadt könnte mit dem Vorschlag jährlich sogar 48 bis 119 Millionen Euro einsparen.

Im September 2020 konnte die Unterschriftensammlung losgehen – endlich! Bei der Auftaktveranstaltung auf dem Alter Markt übergab eine Vertreterin der Volksinitiative „Aufbruch Fahrrad“ den Kölner Klimaschützer:innen in den grünen T-Shirts drei, wie sie sagte, „magische Klemmbretter“, auf denen schon einmal Geschichte geschrieben worden war: Im Herbst zuvor hatte der NRW-Landtag „Aufbruch Fahrrad“ einstimmig in allen Punkten angenommen – das hatte er zuvor noch bei keiner Volksinitiative getan. Sie hätten damals allein in Köln fast 40 000 Unterschriften gesammelt, rief die Frau und hielt dabei die Klemmbretter in die Höhe. „Und hey, die 25 000 sind doch ein Klacks, oder?“

„Heiß umkämpft“

 Ort: **Hamburg**

 Thema: **Fernwärmenetz mit Kohlekraftwerk betreiben**

 Ziel: **Wärmenetz wieder in öffentliche Hand bekommen und ohne Kohlekraftwerk betreiben**

Die Volksinitiative „Tschüss Kohle“ hat für den Stadtstaat Hamburg den Kohleausstieg bis 2030 durchgesetzt. Vattenfall klammerte sich an seine Pfründe – und musste trotzdem 2021 sein neugebautes Mega-Kohlekraftwerk Moorburg abschalten.

Sätze wie der folgende können die Welt verändern: „Der Senat soll darauf hinwirken, dass in der Freien und Hansestadt Hamburg **bis zum 31. Dezember 2030 die Beendigung der Energieerzeugung aus Stein- und Braunkohle (Kohleausstieg) möglich gemacht wird.**“ Die Volksinitiative „Tschüss Kohle“ hat es nach Verhandlungen mit dem rot-grünen Senat geschafft, ihn in das Hamburgische Klimaschutzgesetz aufzunehmen.

Darüber hinaus enthielt der Gesetzesentwurf der Volksinitiative eine weitreichende Einzelmaßnahme für den Klimaschutz: **Durch Wärmenetze, sofern sie sich im Besitz der Stadt befinden, soll künftig keine Kohlewärme mehr transportiert werden dürfen.** Beim Kampagnenstart im Februar 2018 stammte die Fernwärme noch zu 60 Prozent aus zwei Kohle-Heizkraftwerken des Energieriesen Vattenfall. Mit dem „Energiepark Hafen“ für die rund 400 000 Haushalte am Fernwärmenetz entstehen inzwischen neue Wärmequellen, unter anderem Industrieabwärme und eine Wärmepumpe in der Elbe – Kohle hingegen spielt dabei keine Rolle mehr.

Doch zunächst einmal musste die Stadt die Kontrolle über ihr Fernwärmenetz von dem Konzern zurückbekommen. Dass sie sich darum bemühen soll, hatte im Jahr 2013 ein breites Bündnis mit der Initiative „Unser Hamburg – Unser Netz“ per Volksentscheid durchgesetzt. Das Gas- und das Stromnetz waren beim Start von „Tschüss Kohle“ bereits wieder in öffentlicher Hand. Nur die Fernwärmerversorgung war noch strittig.

Grund für das zähe Ringen war ein Vertrag aus dem Jahr 2012. „Unser Hamburg – Unser Netz“ sammelte gerade Unterschriften, der politische Druck stieg. **Doch Vattenfall wollte das profitable Wärmenetz nicht verkaufen** – und die damals regierende SPD scheute die Investition. Für 325 Millionen Euro kaufte die Stadt daher lediglich 25,1 Prozent des Wärmenetzes und erhielt so eine Sperrminorität bei Entscheidungen über dessen Ausbau. Ein Umbau auf Öko-Wärme ließ sich damit allerdings nicht durchsetzen.

Im Jahr 2018 rächte sich der faule Deal mit Vattenfall. Der SPD-Senat hatte dem Konzern für den Fall eines Rückkaufs mindestens 625 Millionen Euro für die restlichen 74,9 Prozent zugesichert. Ein unabhängiges Gutachten kam nun allerdings auf einen Wert von gerade einmal 484 Millionen Euro.

Würde die Stadt den vereinbarten Mindestbetrag trotzdem zahlen müssen, wäre das ein Verstoß gegen die Landeshaushaltsordnung – so sah es zumindest die SPD-regierte Finanzbehörde. **Doch der Staat ist nicht nur dem Prinzip einer sparsamen Haushalts-**

führung, sondern in erster Linie dem Gemeinwohl verpflichtet. Daran erinnerten die Volksinitiativen die Politik lautstark. Der Druck wirkte: Die Stadt kaufte das Fernwärmenetz von Vattenfall zurück, letztlich für rund 50 Millionen Euro über Wert. Aber jeder einzelne Euro war gut investiert.

Die Initiator:innen von „Tschüss Kohle“ hatten, bevor die Entscheidung fiel, zwei rechtliche Instrumente in ihrem Gesetzesentwurf verankert. Sie sollten den Kohleausstieg absichern – auch für den Fall, dass das Fernwärmenetz doch nicht zurück in die öffentliche Hand gekommen wäre.

In diesem Fall hätte eine Änderung im Klimaschutzgesetz die Stadt verpflichtet, ihr Veto dagegen einzulegen, dass Kohlekraftwerke an das Fernwärmenetz angeschlossen werden – was auch möglich gewesen wäre, wenn es bei der städtischen Minderheitsbeteiligung geblieben wäre. Vattenfall wollte nämlich neue Leitungen zu seinem kurz zuvor eingeweihten Mega-Kohlekraftwerk Moorburg bauen. Der Konzern plante, die CO₂-Schleuder nicht nur für die Stromproduktion zu nutzen, sondern zusätzlich an das Fernwärmenetz anzubinden. Die Investition sollte sich lohnen, möglichst auch in Zukunft. Das sollte die Gesetzesänderung verhindern. **Als zusätzliche Absicherung schrieb „Tschüss Kohle“ in den Gesetzestext hinein, dass die Stadt künftig keine öffentlichen Flächen für den Bau von Wärmeleitungen zur Verfügung stellen darf, „wenn in diese Leitungen Wärme aus Kohleverbrennung eingespeist werden soll“.**

Letztlich kaufte die Stadt wegen „Unser Hamburg – Unser Netz“ das Fernwärmenetz zurück, die von „Tschüss Kohle“ angestoßene Gesetzesänderung bewirkt, dass der städtische Wärmeversorger nie wieder Kohlewärme „einkaufen oder vertreiben“ darf. Und sie verhinderte den Anschluss von Moorburg ans Netz. Vattenfall blieb auf der Wärme aus seinem Kraftwerk sitzen – das dadurch endgültig in die roten Zahlen rutschte. **Eines der größten Kohlekraftwerke Europas würde nie wieder rentabel sein. Im Juli 2021 ging es, nur sechs Jahre nach seiner Einweihung, vom Netz.**

„Die Fahrradrebellion von Bamberg“

 Ort: **Bamberg**

 Thema: **Fahrradwege und Verkehrsinfrastruktur**

 Ziel: **Ausbau der Fahrradwege, Fahrradparkplätze und Umwidmung von Straßen**

Der „Volksentscheid Fahrrad“ in Berlin hat vorgemacht, wie Bürger:innen ihre Stadt sicherer für Fahrradfahrer:innen und gleichzeitig lebenswerter und klimafreundlicher machen können. Fahrradfahrer:innen aus Bamberg haben das Konzept auf ihre Stadt übertragen. Mit Erfolg.

Die Demonstrierenden standen auf einem Servierwagen, neben Kuchen und Keksen. Sie waren nur wenige Zentimeter groß, aber **ihre Forderungen waren eindeutig: „Sichere Radwege für unsere Kinder!“ und „Keine Autos auf Radwegen!“** stand auf den Schildern der fahrradfahrenden Playmobil-Figuren. Der Bamberger Oberbürgermeister bekam sie bei einer Sitzung des Stadtrats im Sommer 2017 serviert. Sie waren aber nur der Nachschicht. Der Hauptgang bestand aus 8700 Unterschriften von Bamberger Bürgerinnen und Bürgern. Das Quorum des Bürgerbegehrens „Radentscheid Bamberg“ war geknackt.

Mit einem wechselnden Pool von 15 bis 20 Ehrenamtlichen hatte das Bündnis innerhalb von drei Monaten mehr Unterschriften gesammelt als je ein Bürgerbegehren in Bamberg zuvor. **Unterzeichnet hatten die Menschen einen Forderungskatalog, der zehn Maßnahmen zur Verbesserung der Fahrradinfrastruktur umfasste.** Unter anderem gehörten dazu fahrradgerechte, sichere Schulwegrouten, 5000 Fahrradparkplätze bis 2025, Rad-schnellwege für den Pendelverkehr und die „grüne Welle“ für den Umweltverbund.

Die Ziele orientierten sich an denen des „Volksentscheids Fahrrad“ in Berlin. Christian Hader hatte 2016 zufällig auf Facebook von der Kampagne erfahren. Damals engagierte er sich bereits seit Jahren bei der Fahrrad-Bewegung „Critical Mass“. Das Berliner Volksbegehren erschien ihm als **logische Fortsetzung dieser Protestform: Ab einer bestimmten Zahl von Unterschriften wäre die Politik gezwungen, die Anliegen der Fahrradfahrenden endlich ernst zu nehmen.** Also trommelte er Gleichgesinnte zusammen. Der „Radentscheid Bamberg“ war geboren.

Das Organisationsteam aus einer guten Handvoll Ehrenamtlicher, das sich bald konsolidierte, nahm zunächst Kontakt zum Kreisvorstand des Allgemeinen Deutschen Fahrradclubs (ADFC) und weiteren lokalen Akteur:innen auf. Der Verein „Mehr Demokratie“ und ein Verwaltungsrechtler lieferten das Know-How über die Mechanismen direkter Demokratie und halfen bei der juristisch einwandfreien Formulierung der Abstimmungsfrage. Die Aktiven entwarfen Flyer, bedruckten Einkaufstaschen mit dem Logo der Kampagne, stellten Buttons her und laminierten Fahrrad-Speichenkarten in tausendfacher Ausführung. Mit Sprüchekreide schrieben sie „Bamberg lässt Radler:innen im Regen stehen“ vor dem Rathaus auf die Straße. Beim traditionellen „Stadtradeln“ stellte das Bündnis das größte Team mit den meisten Kilometern. **Der „Radentscheid“ war in Bamberg nicht zu übersehen.** Christian Hader selbst betreut nach wie vor die Social Media-Kanäle der Initiative. Die Homepage und das Kampagnenlogo hat sein

Bruder, ein Webdesigner, kostenlos erstellt. Unterm Strich kam das Bündnis durch das breite ehrenamtliche Engagement mit einem niedrigen vierstelligen Betrag für die gesamte Kampagne aus.

Im September 2017, kurz nach der Übergabe der Unterschriften, befand der Bamberger Stadtrat das Bürgerbegehren für zulässig. Auf Wunsch des Oberbürgermeisters traf sich die Initiative mit der Stadtverwaltung zu Gesprächen. Gemeinsam fanden sie eine Lösung, wie die wesentlichen Ziele des „Radentscheids“ umzusetzen wären. **Der OB verwässerte dieses Maßnahmenpaket allerdings vor seiner Zustimmung so stark, dass das Bündnis dagegen Protest einlegte und einen neuen Vorschlag einreichte.**

Er sollte die Stadt nicht viel Geld kosten, enthielt aber die klare Forderung, den Platz auf den Straßen zugunsten des Radverkehrs umzuverteilen.

Doch der Bürgermeister mauerte. Als die Aktiven basisdemokratisch entschieden, das Papier der Stadt nicht zu akzeptieren, warf er ihnen öffentlich einen „Egotrip“ vor. Die Fahrrad-Aktivist:innen konterten, die Stadtspitze wolle die Bürger:innen mit „Schaufenstermaßnahmen“ abspeisen. Der ADFC-Bundesvorstand wandte sich mit einem offenen Brief an die politisch Verantwortlichen der Stadt. Darin forderte er sie auf, „die Chance des ‚Radentscheids‘ zu be- und ergreifen.“ **Doch die Fronten waren verhärtet. Also musste die Stadtbevölkerung entscheiden.** Der Abstimmungstermin für den Bürgerentscheid wurde auf den 18. März 2018 angesetzt.

Kurz bevor es soweit war, gab es jedoch ein weiteres Treffen zwischen „Radentscheid“-Aktiven, dem Oberbürgermeister und den Fraktionsvorsitzenden – und endlich floss Tinte. **Der Stadtrat beschloss nun doch noch die sieben zulässigen Ziele des Bürgerbegehrens. Zusätzlich verabschiedete er ein Maßnahmenpaket, das einen Kompromiss darstellte.** Einen, aus Sicht der Aktivist:innen, sehr guten Kompromiss. Kurz gesagt: Sie hatten gewonnen.

„Bürger:innen for Future“

 Ort: **Darmstadt**

 Thema: **Aktivist:innen von Fridays for Future wollen konkrete Änderungen**

 Ziel: **Maßnahmenpaket in allen Bereichen: Strom, Wärme, Verkehr**

„Like the sea we are rising“, stand auf ihren Plakaten. Die Darmstädter Ortsgruppe von Fridays for Future nutzte den politischen Auftrieb, den sie erzeugt hatte, um ihre Stadt per Bürgerbegehren zur Klimaneutralität zu verpflichten.

Begonnen hatte es an einem Freitag. Dann kam noch ein Freitag dazu, dann noch einer. Fridays for Future war dabei, die politische Landschaft umzukrempeln, überall auf der Welt, und auch in Darmstadt. **Drei der Aktivist:innen aus der dortigen Ortsgruppe setzten sich freitags nach dem Streik gemeinsam in den Park neben der Uni, unter alte Bäume, um weitere Pläne zu schmieden.** Ob man nicht auch konkret etwas gegen die Klimakrise unternehmen könnte, fragten sie sich. Direkt hier vor Ort.

Auf die Idee kamen sie, weil es in Darmstadt einen „Radentscheid“ gegeben hatte – ein Bürgerbegehren, mit dem sich die Darmstädter:innen dafür eingesetzt hatten, die Stadt fahrradfreundlicher zu machen. Aus formalen Gründen war es für unzulässig erklärt worden, aber das Stadtparlament hatte trotzdem beschlossen, die wichtigsten Forderungen zu erfüllen.

Wahnsinn, was da plötzlich möglich war! Könnte man so nicht auch erreichen, dass Darmstadt eine Reihe von Maßnahmen beschließt, um bis 2030 klimaneutral zu werden, fragten sich die drei jungen Menschen, während die Sonne über dem Park unterging.

Das Team vom „Radentscheid“ war begeistert von der Idee. Sie erklärten der wachsenden Gruppe junger Klimaaktivist:innen, wie die Unterschriftenlisten auszusehen haben, wie man am besten Menschen auf der Straße anspricht und was man sonst noch wissen muss, um ein Bürgerbegehren zu starten. Gleichzeitig erarbeitete der „Klimaentscheid Darmstadt“, wie sich das Team nun nannte, seine Forderungen. Dazu holte es sich Expertise aus der Uni. **Wissenschaftler:innen des Instituts für Energie und Umweltforschung, die sich bei den Scientists for Future engagierten, erklärten ihnen, was es in den verschiedenen Sektoren – Verkehr, Energie, Gebäude – zu tun gibt.** Sie fragten einen Experten für die Wärmewende aus Heidelberg und holten eine Umweltjuristin an Bord. Am Tag des Kickoff-Events der Kampagne, das in einem Seminarraum der Uni stattfand, zeigte das Thermometer 36 Grad. Draußen verdorrte der Rasen im Park, auf dem die Idee des Klimaentscheids geboren worden war. Allen war klar: Jetzt oder nie. Und wo, wenn nicht hier?

Denn Darmstadt ist grün – eigentlich. Die Grünen stellen die größte Fraktion im Stadtparlament und den Oberbürgermeister. Trotzdem ist Darmstadt etwa beim Ausbau der Solarenergie Schlusslicht unter den hessischen Städten. **Die Bürgerinitiative präsen-**

tierte den Stadtpolitiker:innen eine Liste von Maßnahmen, um die Klimakrise vor Ort zu bekämpfen – und erhöhten zugleich mit jeder weiteren Unterschrift für das Bürgerbegehren den Druck. Das wirkte: Im September 2019 stimmte das Stadtparlament dafür, dass Darmstadt bis 2035 klimaneutral werden soll.

Zwei Monate später, im Dezember, übergab die Initiative ein Lastenrad voller Unterschriftenlisten an den Oberbürgermeister. Wie schon der „Radentscheid“, wurde auch der „Klimaentscheid“ aus formalen Gründen für unzulässig erklärt. Das war keine Überraschung, denn die rechtlichen Hürden für Bürgerbegehren sind in Hessen weit höher als in anderen Bundesländern. Aber nun standen erstmals konkrete Maßnahmenpakete für das Fernziel Klimaneutralität im Raum – die Stadt müsste sie nur beschließen, wenn sie ihre unverbindlichen Absichtsbekundungen in die Tat umsetzen wollte. 5500 Bürger:innen hatten sich dafür ausgesprochen. Die Politiker:innen beeilten sich daher, nach und nach Teile des Maßnahmenpakets zu beschließen.

Unter anderem gilt nun: Wer ein Grundstück von der Stadt Darmstadt erhalten möchte, darf nur noch energieeffizient darauf bauen, mindestens nach dem Standard KfW40. Die städtische Wohnungsgesellschaft saniert ab sofort hunderte Gebäude, für private Sanierungen gibt es ein Förderprogramm. Auf die Dächer aller städtischen Gebäude kommen innerhalb von drei Jahren Solaranlagen, auf der restlichen Dachfläche – und ebenso auf den Fassaden – wächst dann eine Begrünung. Der öffentliche Nahverkehr wird um jährlich mindestens sechs Prozent ausgebaut, Autoparkplätze in Radabstellanlagen und Grünflächen umgewandelt. Parken wird teurer. Außerdem hat die Stadt kurzfristig insgesamt 15 Millionen Euro für Klimaschutzmaßnahmen zur Verfügung gestellt.

Inzwischen berät die Bürgerinitiative aus Darmstadt auch andere Engagierte, die ihren eigenen „Klimaentscheid“ starten wollen. Im Juni 2020 hielten sie ihr erstes Online-Seminar ab. Ehrenamtlich Aktive aus über 20 Städten, von Konstanz im Süden bis Kiel im Norden, schalteten sich zu und wollten wissen: Das geht, wirklich? Die jungen Aktivist:innen aus Darmstadt wählten eine Trittleiter als Bild für ihre erste Präsentationsfolie. Denn ja, das geht. Am besten, wenn es Menschen gibt, die einem helfen.

„Dit is Watt für Berlin!“

 Ort: **Berlin**

 Thema: **Kampf um die Gründung eines demokratischen, ökologischen und sozialen Stadtwerkes**

 Ziel: **Kohleausstieg bis 2030**

Die Berliner Stadtwerke bieten heute hundert Prozent Ökostrom an und das Land Berlin hat als erstes Bundesland den Kohleausstieg bis 2030 gesetzlich festgeschrieben – weil ein Volksbegehren den nötigen Druck auf die Politik aufgebaut hat. Auch ein parlamentarisches Foul von CDU und SPD konnte das nicht verhindern.

Wie es aussieht, wenn bei einem Großkonzern Alarmstimmung herrscht, war 2013 überall in Berlin zu sehen. **Der Energieriese Vattenfall hatte Plakate aufhängen lassen, auf denen stand: „35 000 Kilometer Stromnetz. Schön, dass Sie das nicht interessieren muss.“ Da war es aber schon zu spät – die Menschen interessierten sich. Sie wollten wissen, wo der Strom aus ihren Steckdosen herkommt und warum ein profitgetriebenes Unternehmen darüber entscheidet, wann bei finanziell schlechter Gestellten der Strom abgestellt wird. Das Thema Energie war Stadtgespräch in Berlin.**

Auf die Agenda gesetzt hatte es das Bündnis „Berliner Energietisch“. **Die Aktivist:innen wollten eine Gelegenheit nutzen, die sich nur alle zwanzig Jahre bietet: Ende 2014 sollten die Verträge für den Betrieb der Stromnetze auslaufen. Wie viele andere Kommunen auch hatte die Hauptstadt sie in den Neunzigerjahren an ein Unternehmen verkauft: Vattenfall. Der Energiekonzern strich seitdem jährlich dreistellige Millionenbeträge für den Betrieb ein. Gleichzeitig blockierte er als Netzbetreiber die Energiewende. Das Stromnetz musste umgerüstet und auf dezentral produzierten Ökostrom ausgerichtet werden, auf viele Solarzellen und Windräder statt auf wenige Kohlekraftwerke. Da Vattenfall solche Kraftwerke aber selbst betreibt, hatte der Konzern daran wenig Interesse.**

Als zweiten Teil der Gleichung forderte der „Energietisch“, Berliner Stadtwerke zu gründen, um die Produktion von Ökostrom voranzutreiben. Das Modell sah außerdem sozial gerechte, nach dem Einkommen gestaffelte Tarife vor. Haushalte, die mit ihren Rechnungen in Verzug geraten, sollten Beratung und eine Grundversorgung mit Energie erhalten. Für die Bürger:innen waren basisdemokratische Beteiligungsmöglichkeiten in den Entscheidungsprozessen der Stadtwerke vorgesehen.

„Die Stadtwerke tragen dazu bei, dass langfristig die Energieversorgung Berlins zu 100 Prozent auf der Grundlage dezentral erzeugter erneuerbarer Energien erfolgt.“ Mit diesen Worten begann der Gesetzestext zu dem Volksbegehren „Neue Energie für Berlin“, den der „Energietisch“ am 18. Januar 2012 einstimmig beschloss. **Damit sich der Senat damit befassen muss, sind in Berlin 20 000 Unterschriften nötig. Nach vier Monaten waren sie beisammen.** Die Große Koalition bot einen Kompromiss an: Die Gründung von Stadtwerken, die aber nicht „demokratisch, ökologisch, sozial“ sein sollten, sondern nur ökologisch, und auch das nur unter Auflagen.

Der inzwischen auf über 50 Organisationen angewachsene „Energietisch“ beschloss, das Angebot abzulehnen und mit dem Volksbegehren in die nächste Stufe zu gehen. Damit die Bürger:innen direkt über den Gesetzesentwurf abstimmen konnten, lag die Hürde weit höher, bei 173 000 Unterschriften. Am Ende waren es 271 495 – doch der Senat griff zu einem parlamentarischen Foul. In Berlin müssen bei einem Volksentscheid 25 Prozent der Wahlberechtigten zustimmen, sonst ist er ungültig. Ursprünglich sollte er am 22. September stattfinden, gemeinsam mit der Bundestagswahl. SPD und CDU verlegten den Abstimmungstermin aber, unter großen Protesten, in den November, um so die Wahlbeteiligung zu senken.

Außerdem verkündete der Senat kurz vor dem Entscheid die Gründung der Berliner Stadtwerke. Sie sollten allerdings keinen Ökostrom zukaufen dürfen, sondern mussten ihn komplett selbst produzieren. So reichte er gerade mal für einige hundert Haushalte. Eine Scheinlösung also, mit dem Ziel, dem Volksbegehren den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Trotz alledem wäre das Quorum fast geknackt worden. Etwa 622 000 Stimmen hätte der „Energietisch“ gebraucht, aber der Balken blieb bei 599 565 stehen. Der Volksentscheid war damit „unecht“, also am Quorum, gescheitert: Eine überwältigende Mehrheit von 83 Prozent hatte mit Ja gestimmt. **Nach langer rechtlicher Auseinandersetzung um die Stromnetzkonzession knickte Vattenfall schließlich ein und bot der Stadt Berlin 2020 das vollständige Stromnetz zum Kauf an. Der späte Erfolg des Berliner Bündnisses zeigt: Beharrlichkeit zahlt sich aus.**

Viel erreicht hat das Volksbegehren trotzdem. Unter Beteiligung des „Energietischs“ berief das Abgeordnetenhaus die Enquete-Kommission „Neue Energie für Berlin“ ein. Auf ihre Empfehlung hin wurden die kurz vor der Abstimmung gegründeten Stadtwerke von ihren künstlichen Fesseln befreit. **Sie dürfen nun Ökostrom kaufen und verkaufen und sind finanziell deutlich besser ausgestattet. Mit den kommunalen Wohnungsgesellschaften haben sie eine Mieterstrom-Plattform gegründet. Auf den Dächern der überwiegend kommunalen Gebäude entstehen Solarkraftwerke, deren Strom die Mieter:innen kostengünstig beziehen können. Außerdem hat Berlin, auf Empfehlung der Enquete-Kommission, als erstes Bundesland den Kohleausstieg bis spätestens 2030 gesetzlich festgeschrieben.**

„Kacke statt Kohle“

 Ort: **Kassel**

 Thema: **Schmutzige Fernwärme**

 Ziel: **Ausstieg aus der Braunkohle bis 2023**

Geht nicht, sagte der städtische Energieversorger. Dann startete „Kassel kohlefrei“ ein Bürgerbegehren – und siehe da: Plötzlich war der kommunale Kohleausstieg eben doch bis 2025 möglich.

Etwa fünf Kilometer lagen vor der kleinen Gruppe, die sich im September 2019 auf den Weg machte, um der Stadt Kassel ihre Kohle-Emissionen vorbeizubringen. Die Aktivist:innen von „Kassel kohlefrei“ hatten einen schwarzen Würfel gebastelt, 20 Kubikmeter groß. „Alle sechs Sekunden stößt das Kraftwerk diese Menge an CO₂ aus“, stand darauf. Mit ihm zogen sie vom Fernwärmekraftwerk aus los ins Stadtgebiet, vorbei am Autoverkehr, an Trambahnen, an Passant:innen, die Fragen stellten. **Manche wollten gar nicht glauben, dass die Kasseler Fernwärme aus Braunkohle stammt, dem klimaschädlichsten aller Energieträger. Vier Menschen waren nötig, um das Symbol von sechs Sekunden Kraftwerks-Emissionen zu tragen.**

Sie kamen nicht als Bittsteller:innen. Sie kamen, um eine öffentliche Entscheidung über das zu erzwingen, was sie anprangerten. **Die Initiative hatte zunächst das Gespräch mit den Städtischen Werken gesucht, dem kommunalen Energieversorger, der das Kohlekraftwerk betreibt. Ob dessen für 2030 geplante Umstellung von Braunkohle auf regenerative Brennstoffe nicht auch schon 2023 machbar sei?** Bedauere, hieß es dort. Man wolle ja gern, nur sei das technisch leider nicht möglich.

Einen Tag bevor „Kassel kohlefrei“ an die Öffentlichkeit ging, um ein Bürgerbegehren gegen die Kohleverbrennung im Fernwärmekraftwerk anzukündigen, veröffentlichten die Städtischen Werke eine Pressemitteilung. Nun sollte auf einmal 2028 Schluss sein mit der Kohle. **Plötzlich, mit ein bisschen Druck, ging es eben doch. Die Mitglieder der Bürgerinitiative ahnten: Da geht noch mehr.**

Etwa hundert Bürger:innen standen bei der Auftaktveranstaltung bis auf den Flur. Auch Mitglieder des Aufsichtsrats der Städtischen Werke waren gekommen, um zu begutachten, was sich dort zusammenbraute. Die Aktiven von „Kassel kohlefrei“ blieben bei ihrer Forderung, schon 2023 und nicht erst 2028 aus der dreckigen Braunkohle auszusteigen. **Eine Rednerin aus München erzählte von der Klimawende von unten-Bewegung. Veränderung müsse in den Kommunen beginnen, sagte sie. Dass man nicht warten könne, bis auf der Bundesebene etwas passiert.**

Die Städtischen Werke und Vertreter:innen der Stadt luden die Bürgerinitiative erneut zu Gesprächen. Diesmal nahmen sie die Klimaschützer:innen ernst, versuchten aber, sich gegenseitig die Verantwortung zuzuschieben. Die Stadtpolitiker:innen sagten, sie könnten kein Datum für den Kohleausstieg festlegen – was möglich sei, müsse der Energie-

versorger sagen. Die Stadtwerke-Vertreter:innen wiederum erklärten, sie seien an Weisungen aus dem Rathaus gebunden. Fortschritte gab es mit keiner von beiden Seiten. Also begann „Kassel kohlefrei“, die Bürger:innen zu fragen, was sie von der Braunkohle-Verbrennung in ihrem kommunalen Kraftwerk halten.

Die Unterschriftensammlung für das Bürgerbegehren startete mit einem Knall. **Fridays for Future hatte zum vierten globalen Klimastreik getrommelt, „Kassel kohlefrei“ war mit Unterschriftenlisten bei der Demo, gut sichtbar in blauen Warnwesten – so kamen innerhalb eines einzigen Tages trotz des grauen Novemberwetters 3000 der für das Bürgerbegehren nötigen 4501 Stimmen zusammen.** Die Gespräche mit der Stadt und den Städtischen Werken veränderten nun ihren Charakter. Hinter den Kulissen prüften deren Vertreter:innen ein immer realer werdendes Szenario: Die Initiative könnte nach dem Bürgerbegehren in die nächste Stufe gehen. **Sie könnte per Bürgerentscheid eine Satzungsänderung bei den Städtischen Werken bewirken, die es diesen verbieten würde, ab 2023 Kohle zu verbrennen. Was dann?**

Kurz vor der Ziellinie der Sammlung, im Frühjahr 2020, überraschte die Corona-Pandemie die Initiative. Die letzten tausend der insgesamt 7500 gesammelten Unterschriften kamen deshalb per Post. Mitbürger:innen, denen „Kassel kohlefrei“-Aktive die Listen in die Briefkästen geworfen hatten, schickten sie ihnen ausgefüllt und unterschrieben zurück. **Die Unterschriftensammlung war noch nicht abgeschlossen, da lenkten die Städtischen Werke schon ein. „Die Zeit der Kohle geht zu Ende“, verkündeten sie im April 2020. Der Ausstieg aus der Kohle soll nun spätestens 2025 erfolgen. Dann soll Kassel mit Klärschlamm und Altholz geheizt werden – „Kacke statt Kohle“, wie der Kasseler Oberbürgermeister sagte.**

Inzwischen hat es der Aufsichtsrat der Städtischen Werke auch formell beschlossen: Kassel wird bis 2025 kohlefrei – **dank der Arbeit einer kleinen Gruppe engagierter Klimaschützer:innen bleibt mehr als 26 Millionen Mal die Menge des schwarzen CO₂-Würfels im Boden.**

Arbeitsblatt

Anleitungen:

Jede Gruppe hat einen unterschiedlichen Steckbrief einer Bürger:innen-Initiative erhalten. Stellt euch vor, ihr gehört dieser Initiative an und seid auf der Jahrestagung des Umweltinstituts München e.V. eingeladen, um eure Erfahrungen zu vorzustellen.

Bereitet eure Präsentation vor, in dem ihr über die folgenden Leitfragen diskutiert und die wichtigsten Punkte notiert.

Leitfragen:

- WAS wurde WO erreicht? (Beschreibt dies in 3 Sätzen)
- Entwickelt einen Slogan FÜR die Bürger:inneninitiative. Bringt den Inhalt auf den Punkt.
- WARUM war das Bürgerbegehren erfolgreich? Diskutiert die Wirksamkeit der Maßnahmen.
- Wenn ihr jetzt zurückblickt und alles von vorne wiederholen könntet, WAS würdet ihr nochmal und was würdet ihr anders machen?

Malt ein Plakat auf dem euer Slogan wie für eine Demo steht, darunter die 3 Sätze die eure Initiative beschreibt.

Bonusfrage: Diese wird zum Ende der heutigen Stunde wichtig:

Ihr seid jetzt ihr selbst, Schülerinnen und Schüler. Habt ihr eigene Ideen? Was könntet ihr in eurer Schule, Stadt, Kreis, Land... selbst umsetzen?



Bild: Adobe Stock | # 279293510

WORLD OF  XR

 Wuppertal
Institut

Technology Arts Sciences TH Köln

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Klimaschutz

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages